

Antrag

der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

Atomteststoppvertrag ratifizieren

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Nichtratifizierung des Vertrages über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen durch den US-amerikanischen Senat ist ein schwerer Schlag gegen das nukleare Nichtverbreitungsregime.

Bei der Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages im Mai 1995 haben sich alle Zeichnerstaaten, darunter die USA, verpflichtet, schnellstmöglich einen Vertrag über das umfassende Nukleartestverbot abzuschließen und den Prozess der weltweiten nuklearen Abrüstung systematisch fortzusetzen mit dem Ziel, der allgemeinen und vollständigen nuklearen Abrüstung unter effektiver internationaler Kontrolle.

Mit dem negativen Votum des Senats wird sowohl das Nichtverbreitungsregime als auch der weitere nukleare Abrüstungsprozess gefährdet.

Der im September 1996 ausgehandelte und bislang von 154 Staaten unterzeichnete Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen hindert Staaten, die bisher nicht über Atomwaffen verfügen, militärisch einsatzfähige Kernwaffen zu entwickeln. Der Atomteststoppvertrag ist damit ein wirksames Instrument zur Umsetzung des Nichtverbreitungsregimes. Zugleich erschwert das Testverbot die Entwicklung immer neuer Kernwaffen in den Staaten, die bereits über Kernwaffen verfügen. Dadurch wird der atomare Abrüstungsprozess unterstützt.

Es liegt im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, die Weiterverbreitung von Kernwaffen und einen Rüstungswettlauf um qualitativ neue Kernwaffen zu verhindern. Deswegen hat der Deutsche Bundestag den Atomteststoppvertrag im letzten Jahr ratifiziert.

Die Ratifizierung durch die USA und durch die anderen offiziellen Kernwaffenstaaten sowie durch alle Länder mit einer eigenen nuklearen Industrie ist nötig, damit der Vertrag in Kraft treten kann.

Der Deutsche Bundestag ist überzeugt, dass die im Vertrag enthaltenen Maßnahmen zur Überprüfung des Testverbotes wirksam und ausreichend sind. Die Bundesrepublik Deutschland hat die eigens dafür geschaffene Wiener Verifikationsbehörde finanziell und personell unterstützt.

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag

1. bedauert zutiefst die Weigerung des US-amerikanischen Senats, den Atomteststoppvertrag zu ratifizieren,
2. begrüßt die Ankündigung der US-amerikanischen Administration, sich weiterhin für die Ratifizierung des Vertrages einzusetzen,
3. teilt die Auffassung, die Präsident Jacques Chirac, Premierminister Tony Blair und Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem gemeinsamen Artikel für die New York Times am 8. Oktober 1999 zugunsten einer Ratifizierung zum Ausdruck gebracht haben,
4. appelliert an alle betroffenen Parlamente, die Ratifizierung des Atomteststoppvertrages zügig vorzunehmen, um ein deutliches Zeichen für die Nichtverbreitung von Kernwaffen zu setzen und um das nukleare Nonproliferationregime zu stärken,
5. wird in bilateralen Kontakten zum Kongress der Vereinigten Staaten darauf hinwirken, die amerikanischen Bedenken gegen den Atomteststoppvertrag auszuräumen und die Senatoren von der Notwendigkeit der Ratifizierung zu überzeugen.

Berlin, den 10. November 1999

Dr. Peter Struck und Fraktion

Kerstin Müller (Köln),

Rezzo Schlauch und Fraktion

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion